

vor künftigen Versorgungsempfängen und widerspricht damit den optimistischen Prognosen des Bundesamtes für Energie (BfE). Gestützt auf aktuelle Studien, geht das BfE davon aus, dass das vorhandene Potenzial für zusätzliche Produktion aus erneuerbarer Energie ausreichend gross ist, um einen substanziellen Teil der wegfallenden Kernkraftwerk-Winterproduktion von rund 14 Terawattstunden zu kompensieren. Die vom früheren CVP-Ständerat Carlo Schmid präsi- dierte Elcom hält den Ausbau der Nutzung von Geothermie wie auch von Windkraft im benötigten Umfang dagegen für unwahr- scheinlich. Und der Zubau von Strom aus Son- nenenergie habe lediglich zu einer Jahrespro- duktion von 1,7 Terawattstunden geführt.

Abhängig von Stromimporten

Rieder spricht darum von «illusorischen Zah- len», die in der Energiestrategie 2050 ausge- wiesen seien: «Wir müssen zirka 40 Prozent der inländischen Stromproduktion von Kern- kraftwerken durch erneuerbare Energien kompensieren. Viele dieser Projekte sind je- doch durch Einsparungen blockiert.» Wie die *Weltwoche* berichtete, konnten von den 800 geplanten Windrädern bisher gerade 37 reali- siert werden. Schlimmer noch: Die bereits bestehenden Anlagen sind auch schlecht aus- gelastet. Gemäss *Tages-Anzeiger* ging die Pro- duktion von Strom aus Windkraft im vergan- genen Jahr gegenüber 2017 um acht Prozent zurück. Auch bei der Wasserkraft geht es nicht vorwärts. Laut Ständerat Werner Luginbühl (BDP), Verwaltungsratspräsident der Kraft- werke Oberhasli, stecken Ausbauprojekte für 1,5 Milliarden Franken in der Pipeline: «Die Unternehmen zögern jedoch mit dem Bau, weil die Rahmenbedingungen nicht stim- men.» Gemeint ist mit «Rahmenbedingun- gen» die fehlende Rentabilität.

Das alles macht die Schweiz noch abhängi- ger von Stromimporten, besonders im Win- terhalbjahr, wenn der Verbrauch sehr hoch ist. Bereits heute importieren wir im Winter Strom. Das könnte in Zukunft schwieriger werden, weil die Integration der Schweiz in den europäischen Strommarkt ungewiss ist, zumal das Stromabkommen mit der EU auf Eis gelegt wurde. Aber es gibt noch ein ande- res Problem: «Deutschland fährt mehr und mehr selber eine Importstrategie, weil immer mehr Gas- und Kohlekraftwerke vom Netz ge- nommen werden», sagt Luginbühl. «Frank- reich und Italien tun dasselbe.» Und wenn alle eine Importstrategie fahren würden, werde es schwierig.

Pikanterweise widerspricht dem nicht ein- mal mehr die SP-Bundesrätin und neue Ener- gieministerin Simonetta Sommaruga. Als die Motion der Urek im Ständerat diskutiert wurde, wies sie jedoch darauf hin, dass es nicht eine Frage der Produktion sei, sondern

der Netze. «Die Deutschen haben Probleme, den Strom aus dem Norden in den Süden zu bringen», sagt Sommaruga. Insgesamt werde Deutschland auch nach dem Ausstieg aus der Kohlestromproduktion ein Exportland blei- ben. «Aber wenn es die Netze nicht hat, um den Strom dorthinzubringen, wo er eben auch gebraucht wird, hat es plötzlich wieder ein Versorgungsproblem», so die Energieminis- terin. Diese Erkenntnis hilft der Schweiz aber nicht wirklich weiter.

Und es ist auch eine bittere Wahrheit für jene politische Allianz im Parlament, die nach dem Atomunglück im fernen Fukushima 2011 den Atomausstieg durchstießte. Damals ebneten Motionen der CVP (Roberto Schmidt) und der BDP (Hans Grunder) mit Unterstüt- zung von SP und Grünen im Parlament den Weg zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Vor diesem Hintergrund be- schloss dann auch der Bundesrat – angeführt von Energieministerin Doris Leuthard (CVP), die auf Micheline Calmy-Rey (SP), Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Simonetta Sommaruga (SP) zählen konnte – den Aus- stieg aus der Kernenergie. Daraus resultierte nach einem dreijährigen parlamentarischen Prozess die Energiestrategie 2050 – eine Art Planungsmonster.

Bundesrat in der Pflicht

Die vom BfE seither verbreiteten Erfolgs- meldungen zur Umsetzung dieser neuen Energiestrategie standen von Anfang an in scharfem Kontrast zu den Bedenken von Elcom-Präsident Carlo Schmid. Für Rieder und Luginbühl verharmlost das Amt die Situ- ation. Die derzeitige Revision des Strom- versorgungsgesetzes, die unter anderem auch die Versorgungssicherheit gewährleisten soll, fusse auf den optimistischen Annahmen des BfE, kritisiert Luginbühl. «Man scheint bei der Verabschiedung des Stromversorgungs- gesetzes davon auszugehen, dass schon alles gut kommen wird.» Aber damit es gut komme, müsse man etwas machen. Deshalb beschloss die Urek-S Anfang Jahr gegen den Willen von Pascal Previdoli, stellvertretender Direktor des BfE, eine Kommissionsmotion auszuar- beiten.

Rieder und Luginbühl erwarten nun vom Bundesrat, dass er aufzeigt, wie er die Versor- gung in Zukunft sicherstellen will. Die im Stromversorgungsgesetz vorgesehenen Mass- nahmen genügten nicht. «Vielleicht braucht es Gaskraftwerke», sagt Rieder. Luginbühl hat noch eine andere Lösung im Kopf: Die Glet- scherschmelze werde zu neuen Seen in den Alpen führen. Um die Gefahr von Hochwas- sern zu bannen und den Abfluss zu verstetigen, werde man hier künstliche Stauanlagen bauen müssen. Es sei sinnvoll, dann einen Teil dieses Wassers für die Stromproduktion zu nutzen. Aber das ist eine andere Geschichte. ○